

An das
Bundesministerium für Soziales
und Konsumentenschutz
Stubenring 1
1010 Wien

Wien, 26. April 2007
GZ 301.693/001-S4-2/07

Betrifft: Änderung des Pflege-Übergangsgesetzes

Der Rechnungshof bestätigt den Erhalt des mit E-Mail vom 20. April 2007 übermittelten Entwurfs einer Änderung des Pflege-Übergangsgesetzes und teilt mit, dass aus der Sicht der Rechnungs- und Gebarungskontrolle keine Bedenken gegen die vorgeschlagenen Regelungen bestehen.

Von dieser Stellungnahme werden u.e. 25 Ausfertigungen dem Präsidium des Nationalrates und zwei Ausfertigungen dem Bundesministerium für Finanzen übermittelt.

Der Präsident:
Dr. Josef Moser

F.d.R.d.A.: